

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 25

Artikel: Wirtschaft zur neuen Mühle
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093612>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz über die Ära Andropow nach einem Jahr

Wirtschaft zur neuen Mühle

Wie krank oder gesund Andropow auch immer sei: die Sowjetunion hat ein Jahr unter seiner Führung verbracht. Prof. Revesz zieht Bilanz über das, was in dieser Zeit zur Norm geworden ist, und beginnt heute mit der Wirtschaft. Andropow hat ihr unscharf ein neues Kleid in Aussicht gestellt, aber umso schärfer die alte Uniform nachgebügelt.

Andropow war am 12. November 1982 vom ausserordentlichen ZK-Plenum, wie es verlauten liess, einstimmig zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt worden. Er versprach, seine Kräfte, sein Wissen und seine Erfahrung (u. a.) «zur weiteren Festigung der Wirtschafts- und Verteidigungsmacht sowie des Friedens» einzusetzen und die «Kontinuität» zu wahren.

Ein halbes Jahr später wurde jedenfalls die Kontinuität der Breschnew-Ära im personellen Führungsstil betont, als man am 16. Juni 1983 Andropow auch zum Staatspräsidenten (nominell Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets) machte. Die Personalunion von Partei- und Staatsführung war damit wiederhergestellt. Den Antrag vor dem Obersten Sowjets musste Andropows heimlicher Rivale Tschernenko stellen und Andropow als in- und ausländisch anerkannten «grossen Führer des leninschen Typs» loben.

Erinnerungen

Bei seinem Amtsantritt als Parteichef hatte Andropow (geb. 15. Juni 1914) 68 Jahre gezählt; Stalin war im entsprechenden Zeitpunkt 43 Jahre alt gewesen, Chruschtschow 57 und Breschnew 58. Im Sinne der kontinuierlichen Machterhal-

tung schien Andropow allerdings eine logische Wahl: Er hatte vom Mai 1967 bis zum Mai 1983, als er (vorsorglich?) ZK-Sekretär wurde, den sowjetischen Sicherheitsdienst KGB geleitet, und er gehörte seit 1973 dem Politbüro an, dem obersten Parteigremium. Diese Garantien wogen offenbar mehr als das Negativ-Image des obersten Geheimpolizisten, das nicht zuletzt auch unter der Bevölkerung der osteuropäischen Satellitenstaaten zu Besorgnis führte. Beliebtheit bei den Leuten oder auch nur eine Volkstümlichkeit à la Chruschtschow hätte ohnehin keiner der möglichen Kandidaten mitgebracht.

Es bestand kein Anlass, an der Echtheit von Andropows Versprechen zu zweifeln, kontinuierlich die weitere Festigung der «Verteidigungs»-macht betreiben zu wollen. Hingegen stellte sich die Frage, was unter einer weiteren Festigung der Wirtschaftsmacht zu verstehen sei: Verstärkung der bisherigen Methoden oder Abkehr davon?

Hier wollen wir auf die Veränderungen eingehen, welche *normativ* in seinem ersten Amtsjahr in der Wirtschaftspolitik eintraten.

Insgesamt hat man Andropow unter Aufbauschung einiger seiner Ankündigungen und Massnahmen allzu früh einen Reformen genannt.

Breschnew hatte 1964/65, im ersten Jahr seiner Herrschaft, mehr Initiativen ergriffen als sein Nachfolger, wenn sie auch zum Teil rückführender Natur waren. Breschnew machte Chruschtschows «subjektivistische» Reformen (Dezentralisierung von Partei, Behörden, Gewerkschaften und Wirtschaftsführung) rückgängig, vergrösserte aber andererseits wieder den Spielraum der bäuerlichen Nebenwirtschaften und der Kolchosmärkte. Neben politischen Unternehmungen (wie der versuchten Wiederannäherung an China, die er am Ende seines Lebens nochmals aufnehmen sollte), wollte Breschnew 1965 auch eine beschränkte Wirtschaftsreform durchführen; von ihr sind dann nicht viel mehr als die Beschränkungen zurückgeblieben.

Die Hauptlösung heisst Disziplin

Andropow seinerseits hat sich in seinem ersten Amtsjahr wirtschaftlich auf die Festigung der Produktionsdisziplin konzentriert.

Das gilt auch für die von ihm angekündigten «demokratischen Reformen», insbesondere für das Gesetz über die Werktätigenkollektive (zu diesem Belegschaftsgesetz siehe ZB, Nr. 11/1983, S. 8) und für den ergänzenden Beschluss «Über zusätzliche Massnahmen zur Ausdehnung der Rechte von Produktionsvereinigungen» («Prawda», 26. Juli 1983).

Beide Texte gelten mehr einer verstärkten Disziplin (und indirekt auch einer erneuten Zentralisierung der Befugnisse) als einer Liberalisierung, geschweige denn einer «Demokratisierung».

Als Tat gewertet werden kann innerhalb vorsorglich eng gezogener Grenzen der gemeinsame Beschluss von Partei und Regierung (Ende Juli 1983) über die Durchführung eines Wirtschaftsexperimentes (siehe ZB, Nr. 19/1983, S. 4). Dabei sollen ausgesuchte Betriebe ein bisschen wirtschaftliche Selbständigkeit erhalten. Der als «neuer Mechanismus» übertrieben gross angekündigte Versuch wird am 1. Januar 1984 anlaufen.

Übrigens steht in der Einleitung zu diesem auch im Ausland erwartungsvoll beachteten Beschluss selbst, es handle sich um die «Vervollkommnung und Festigung der zentralisierten Wirtschaftsleitung»; da hat man eigentlich keinen Grund, die gegenteilige Absicht dezentralisierter Entscheide zu vermuten.

Besser als Breschnew hat es Andropow allerdings mit der propagandistischen Verbreitung seiner Ideen gemacht.

Der Entwurf zum erwähnten Belegschaftsgesetz wurde im April veröffentlicht und dann einer

City Bank-Anlageplus

4 1/2% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 31. Dezember 1983

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

ZB

«öffentlichen Diskussion» unterbreitet. Sie fand in abgezählten 1230000 Betriebs- und Quartiersversammlungen mit einer Beteiligung von insgesamt 110 Millionen Sowjetbürgern statt («Iswestija», 23. Juni 1983). Wer wollte, konnte also seine Gegenstimme erheben – wenn er die Folgen nicht scheute. Tatsächlich ist der Textentwurf trotz der «Konsultation mit dem Volk» im Juni dann praktisch unverändert zum Gesetz erhoben worden. (Die seinerzeitige ZeitBild-Besprechung vor der endgültigen Fassung bleibt damit ebenfalls gültig.)

Zucht von unten bis oben?

Direkt zur disziplinarischen Sache äussert sich der Ukas (die Gesetzesverordnung) «Über die Vervollkommnung der Gesetzgebung zur Festigung der Arbeitsdisziplin» vom 12. August 1983.

Ergänzt wird hierbei das Arbeitsgesetzbuch durch die Möglichkeit strengerer Sanktionen gegen pflichtvergessene Arbeiter. So erhält der Artikel 17 einen neuen Absatz 4. Er ermächtigt die Betriebsleitung, einem Arbeiter die Stelle zu kündigen, der aus nicht begründetem Anlass der Arbeit für drei Stunden ferngeblieben ist. Strenger geregelt wird auch die Frage vom Schadenersatz, den die Werk tätigen gegebenenfalls wegen Versäumnissen zu leisten haben.

In die gleiche Kerbe schlug im August ein gemeinsamer Beschluss von Partei, Regierung und Gewerkschaftsführung («Prawda», 7. August 1983).

Er ging ins Gericht mit der grossen Kaderfluktuation sowie mit der schlechten Arbeit «gewisser» Kolchosbauern, Arbeiter und Angestellten. Es dürfe nicht vorkommen, dass man den gleichen Lohn erhalte, unabhängig davon, ob man seine

Arbeitspflicht erfülle oder verletze. Es sei Sache der Belegschaftsorganisationen und Kameradschaftsgerichte, sich gegen das Einreissen von Missständen zu wehren. Falls sich die Lage nicht bessere, müsse man den Betriebsleitern die Prämie entziehen und sie notfalls darüber hinaus disziplinarisch zur Verantwortung ziehen. «Die Unfähigkeit eines Betriebsleiters, die angezeigte Arbeitsdisziplin zu gewährleisten, ist als Unfähigkeit zu bewerten, die Aufgaben zu erfüllen, die mit seinem Posten verbunden sind.»

Der Beschluss verbietet es den Betrieben, Versammlungen, Sportwettkämpfe und dergleichen während der Arbeitszeit abzuhalten. Als positive Massnahme zur Hebung der Arbeitslust sieht er nebst «moralischen Anreizen» die Gewährung von zusätzlichen Ferientagen für disziplinierte Arbeiter vor.

Auffällig an diesem Text ist, dass er betont die Absicht kundtut, es nicht bloss bei Strafmassnahmen auf der Belegschaftsebene bewenden zu lassen, sondern auch die führenden Funktionäre zur Verantwortung zu ziehen. Grundsätzlich ist das natürlich nicht neu, aber man will offenbar den Willen zeigen, auch in der Praxis damit ernst zu machen, und tatsächlich haben im Verlauf der Disziplinierungskampagne schon etliche Chefs über die Klinge springen müssen.

Im Sinne dieses Beschlusses hat das Politbüro im November die Parteimitglieder verpflichtet, die Arbeitsdisziplin in den Betrieben zu kontrollieren und darüber zu wachen, dass der Lohn nach der Leistung bestimmt wird («Prawda», 12. November 1983). Ebenso sollen sich die Parteiorganisationen für die Ausdehnung des sozialistischen Wettbewerbs (freiwillige Überfüllung der Pläne) einsetzen.

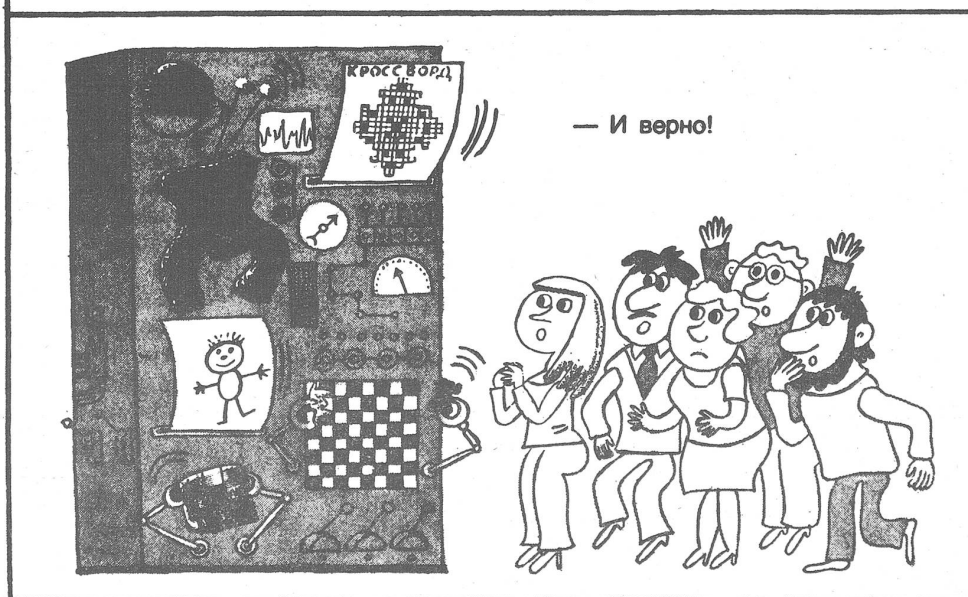
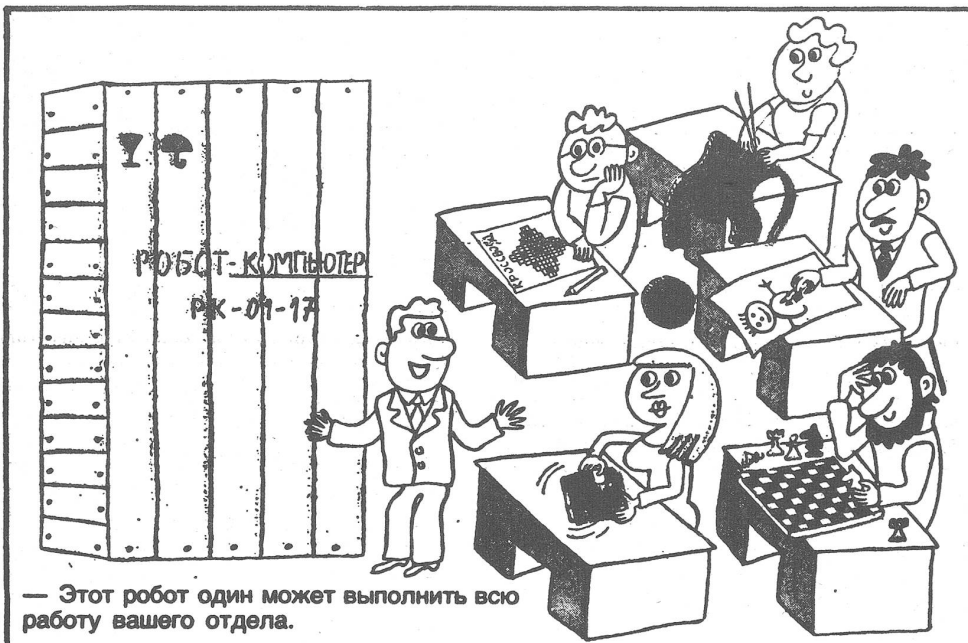
In analoger Weise hat der Zentralrat der Gewerkschaften von seinen Sektionen «Unduldsamkeit gegenüber Disziplinosigkeit und Verschwendung» verlangt.

Lieferpflichten und Planmogeleyen

Bessere Ordnung sollte nach den Vorstellungen der Führung nicht nur *innerhalb* der Betriebe und *Amtsstellen* herrschen, sondern auch *zwischen* ihnen. Wenn zum Beispiel das Rohmaterial zur Produktion nicht eingetroffen ist, braucht man über Produktionsdisziplin gar nicht erst zu diskutieren.

Dieser Sorge war am 11. April gemeinsamer Beschluss von Partei-ZK und Unionsregierung gewidmet.

Sein Inhalt ist aus dem Titel ersichtlich: «Über die ernsthaften Mängel bei der Einhaltung der vertraglichen Lieferpflichten und über die Verantwortung der Ministerien, Ämter und Betriebe in dieser Angelegenheit.» Wenn Lieferverträge nicht eingehalten würden, gefährde das die Planerfüllung, und in der Praxis komme man häufig dazu, deswegen Quartals- und Jahrespläne willkürlich zu verändern, um sie den realen Lieferungen anzupassen. Mit dieser Unsitte müsse Schluss gemacht werden. Die Nichteinhaltung von Lieferfristen sei «als ernsthafte Verletzung der Plan- und Staatsdisziplin» zu betrachten und müsse entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen.



Der Computer kann die Arbeit einer ganzen Abteilung übernehmen. («Krokodil», Moskau, Nr. 22/1983)

Das Mogeln mit den Planaufgaben ist im Lauf der Jahre zu einem Kavaliersdelikt höherer Leute geworden. Jetzt will man es wieder als Betrug bestrafen, und mit den entsprechenden Konsequenzen ist mindestens die Entlassung aus dem Amt gemeint, auch wenn es ein Ministeramt sein sollte.

Das alles ist natürlich nichts anderes als das, was sich jede bisherige Sowjetführung vorgenommen hat; grundsätzlich hat die Losung «der Plan ist Gesetz» immer gegolten. Man sucht bloss von Zeit zu Zeit mit frischen Befehlen den schleichenden Erosionsprozess zu stoppen und erlässt dann sozusagen ein Gesetz über die Notwendigkeit, die schon bestehenden Gesetze einzuhalten.

Reformen: Was sind «diese» Änderungen?

Übungen solcher Art sind frische Anläufe in der alten Spur, aber keine Reformen. Gibt es überhaupt welche?

Zur Debatte stand das Reformthema im Zusammenhang mit den wichtigsten Reden, die Andropow hielt, denn sie umfassten mehrmals eine Kombination von Rufen zur Wiederherstellung der alten Ordnung und von Hinweisen auf eine Neuordnung. Bei näherem Zusehen erwies sich die Gewichtung allerdings als unterschiedlich. Zum Thema Arbeits- und Produktionsdisziplin gab es Anweisungen, und zum Thema Änderungen gab es Andeutungen, die dann im In- und Ausland zu Ausdeutungen führten.

Ein typisches Beispiel ist die Rede, die Andropow vor den Parteiveteranen hielt («Prawda», 15.8.1983).

Zur Hauptsache kreiste sie um das schon gewohnte Motiv «Festigung der Arbeitsdisziplin», aber daneben verlangte Andropow auch «Änderungen im Wirtschaftsmechanismus», ohne allerdings zu präzisieren, was er genau damit meinte. Er kritisierte die Langsamkeit der Umstellung auf intensive Wirtschaftsförderung: «Man kann sagen, dass wir nicht energisch genug

nach Wegen zur Lösung der neuen Aufgaben gesucht hätten. (...) Aus diesem Grunde müssen wir nachholen, was wir versäumt haben. Das erfordert Änderungen sowohl bei der Planung als auch in der Verwaltung und im wirtschaftlichen Mechanismus. Deshalb sind wir verpflichtet, diese Änderungen auch einzuführen.»

Sehr interessant. Nur: Welche Änderungen sind eigentlich «diese» Änderungen? Andropow hat es nicht gesagt.

Auf die Neuheiten wartet man noch, aber inzwischen vermeldet die sowjetische Presse jedenfalls Erfolge «im Kampf für die Arbeits- und Produktionsdisziplin»: die Produktion ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode um 4,1 Prozent gestiegen.

Der komplexe Bauer

Betonte Aufmerksamkeit widmet Andropow der Landwirtschaft und insbesondere der Verwirklichung des Lebensmittelprogramms, das noch unter Breschnew im Frühjahr 1982 verabschiedet worden war.

Wie sein Vorgänger hat auch Andropow die Förderung von agro-industriellen Komplexen auf seine Fahnen geschrieben, wobei er allerdings das Ungenügen der bisherigen Gründungen betont, die «nicht initiativ genug» seien. Es geht um die bessere Verbindung zwischen Landwirtschaftsproduktion und Lebensmittelindustrie dank kombinierter Grossbetriebe; der Rahmen reicht vom Bezirk bis zur Unionsrepublik.

Nicht ganz klar ist es, wie es unter Andropow mit der Förderung der landwirtschaftlichen Initiative auf der untersten Stufe steht, bei den privat bestellten Nebenwirtschaften (Hofstellen) der Bauern und Landarbeiter.

Die sowjetische Presse hat auch in diesem Jahr ihre positive Berichterstattung über den «halbprivaten» Sektor in Ungarn oder auch Bulgarien weitergeführt, aber die günstige Beurteilung der



«Wir haben hier die Qualitätskontrolle (ОТК) eingeführt; es war ja auch eine Schande, was für einen Ausschuss man da zu stehlen kriegte.» («Trud», Moskau, 1.10.1983)

dortigen Lösungen (zum Beispiel Pachtverträge mit Privaten) hat bis jetzt zu keinerlei Nachahmungen inspiriert. Inzwischen geht es mit den sowjetischen Nebenwirtschaften in den herkömmlichen Formen eher bergab; sie werden tendentiell immer mehr zu einer Domäne für Rentner und Mütter kleiner Kinder, was für die Verwirklichung des (und jedes) Lebensmittelprogramms ungünstig ist, weil die Nebenwirtschaften die grösste Produktivität im Landwirtschaftssektor haben.

Die Nebenwirtschaften sind in der sowjetischen Geschichte abwechslungsweise als kapitalistisches Relikt bekämpft und als verdienstliche Versorgungshilfe gefördert worden. Heute scheint man bei einer nicht sehr ergiebigen Zwischenlösung angelangt zu sein: Man spricht eher freundlich vom privaten Sektor, aber man tut nichts für ihn. Andropow persönlich hat weder dafür noch dagegen Stellung genommen, aber sein Augenmerk gilt eindeutig den administrativen Fragen und den administrativen Lösungen; die «Freizeitproduktion» überlässt er vorderhand sich selbst.

Lieblingsstiefkinder

Eine ganze Menge von Beschlüssen hat man im ersten Jahr Andropow dem Dienstleistungssektor gewidmet, einer alten Hauptschwäche des Sowjetsystems.

Da die versprochenen Verbesserungen in der Periode 1984/85 wirksam werden sollen, wird man noch sehen, was sie hergeben. Die Sektoren Dienstleistungen und Konsumgüter waren schon immer Lieblingkinder der Parteiväter, wenn es um ermunterndes Zureden ging; bloss am Tisch fanden sie keinen rechten Platz und mussten sich ständig nach Brosamen bücken. Und an der Tischordnung hat Andropow nichts geändert. ■

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 39.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift